Deutschland

Bei der Kindererziehung hatte der Mann das letzte Wort. ► S. 42

Müller (4. v. l.), äthiopische Textilarbeiterinnen in Addis Abeba 2017

Entwicklung

Neue Partnerländer in Afrika

Regierung belohnt Äthiopien, Marokko und Senegal für deren Fortschritte.

● Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat drei neue Partnerländer in Afrika ausgewählt. »Auf dem Afrika-Gipfel nächste Woche werden wir Äthiopien, Marokko und Senegal eine Reformpartnerschaft anbieten«, kündigt Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) an. Die Reformpartnerschaften sind Teil der von der Bundesregierung initiierten G-20-Strategie »Compact with Africa«. Diese setzt vor allem auf eine Verbesserung des Investitionsklimas vor Ort und mehr Engagement europäischer Unternehmen in afrikanischen Ländern. Bisher investieren deutsche Firmen dort wenig. Zu dem Afrika-Gipfel in Berlin hat Bundeskanzlerin

Angela Merkel (CDU) Firmenvertreter eingeladen. Geld aus Deutschland soll es nur für Staaten geben, die ihre Rahmenbedingungen verbessern. »Äthiopien, Marokko und Senegal haben Fortschritte gemacht, sodass wir jetzt Verhandlungen über die ganz konkreten Reformziele im Rahmen der Partnerschaft beginnen können«, so Müller. Erst anschließend würden Kredite bereitgestellt. Tunesien ist bereits seit 2017 Reformpartnerland. Das BMZ rechnet damit, Ende des Jahres einen ersten Kredit auszuzahlen: Tunesien soll bis dahin unter anderem 40 neue Mitarbeiter in der Antikorruptionsbehörde eingestellt haben. ABE

Justizministerium

Sozialdemokrat bevorzugt?

● Eines der wichtigsten Projekte von Justizministerin Katarina Barley ist der »Pakt für den Rechtsstaat« – ein im Koalitionsvertrag vereinbartes Projekt, das unter anderem 2000 neue Stellen für die Justiz verspricht. Viel ist bislang nicht passiert, doch nun bewegt eine dazugehörige Perso-

nalie das Bundesjustizministerium (BMJV). Für das Projekt wurde in den Hausnachrichten des Ministeriums vom 8. August eine Referatsleiterstelle ausgeschrieben, die sich allerdings »ausschließlich« an bereits amtierende »Referatsleiterinnen/Referatsleiter« richtete. Trotz dieses bereits eingeschränkten Bewerberkreises wurde wenige Wochen später in den Hausnachrichten die Ernennung eines Referats-

leiters verkündet, der noch nicht einmal aus dem Ministerium stammt. In der Rubrik Personalmeldungen gibt es vielmehr den Hinweis, der neue Referatsleiter sei »abgeordnet vom SPD-Bundesvorstand«. Aus dem Personalrat des BMJV heißt es, die Beförderung des Mannes aus dem Willy-Brandt-Haus sei bei der Hausleitung angesprochen worden; sie sei aber nicht zustimmungspflichtig. AMA